

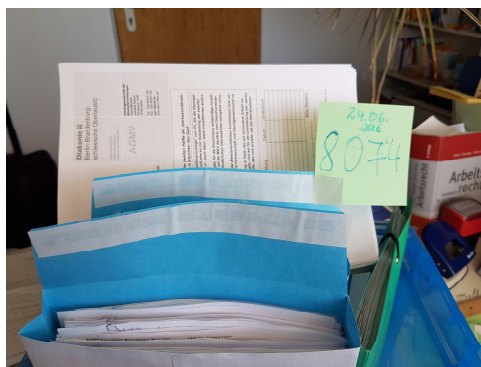
AGMV-Geschäftsstelle des DWBO • PF 33 20 14 • 14180 Berlin

An die
Mitarbeitervertretungen der Mitgliedseinrich-
tungen im DWBO

An die
AGMV-Newsletter-Abonnentinnen
und -Abonnenten

Berlin, 28. Juni 2016

**Bisher 8074 Mitarbeiterinnen und
Mitarbeiter
beteiligten sich an der
Unterschriftenaktion
– Hände weg von unserem Lohn! –**



Liebe Mitarbeitervertreterinnen, liebe Mitarbeitervertreter in den DWBO- Einrichtungen,
liebe Abonnentinnen und Abonnenten des Newsletters,

die Unterschriften wurden am Freitag der Dienstgeberseite der Arbeitsrechtlichen
Kommission des Diakonischen Werkes Berlin –Brandenburg – schlesische Oberlausitz
(DG AK.DWBO) durch die AGMV-Geschäftsführerin, Jeanette Klebsch, übergeben.
**Die AGMV dankt den Mitarbeitervertretungen und Mitarbeitenden für die erfolg-
reichste Unterschriftenaktion in ihrer bisherigen Geschichte.** Folgenden Text ha-
ben die Mitarbeitenden unterschrieben:

*„ Hände weg von unserem Lohn! -Keine zusätzliche pauschale Kürzung der zweiten
Hälfte der Jahressonderzahlung, nur weil die Dienstgeber meinen, sie brauchen das
Geld - Wir sagen NEIN! Zu einer pauschalen „Investitionsrücklage“ von 3%, die die
Dienstgeberseite der AK DWBO in jedem Fall haben will, ehe es zur Auszahlung der
zweiten Hälfte der Jahressonderzahlung kommen soll – auch dann, wenn Investitionen*

V.i.S.d.P.: Detlev Seeger, Kerstin Myrus, Markus Strobl • AGMV-Vorstand •

Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz • Postfach 332014 • 14180 Berlin

Tel. (030) 82097 192 • Fax (030) 82097 193 • eMail AGMV@dwbo.de •

Website: www.agmv-dwbo.de

anders finanziert werden können. Nur wenn es gar keine andere Möglichkeit gibt, für die Einrichtung notwendige Investitionen zu finanzieren, soll es möglich sein, mit der MAV darüber eine Dienstvereinbarung abzuschließen, wobei der MAV alle erforderlichen Informationen zwingend vorzulegen sind. Einseitige Kürzungen ohne Einbeziehung der Arbeitsrechtlichen Kommission bzw. unserer Mitarbeitervertretung haben nichts mit Partnerschaft und Dienstgemeinschaft zu tun, sondern sind pure Willkür. Dagegen sind wir! Die Jahressonderzahlung ist Geld, das wir mit unserer Arbeit verdient haben. Wenn es keine faire Lösung gibt, sind wir für die Umverteilung der Jahressonderzahlung auf die monatlichen Entgelte, was uns zusteht, wie die Dienstnehmerseite fordert.“

Für Investitionen sind grundsätzlich die Dienstgeber in Zusammenarbeit mit den Kostenträgern verantwortlich. Eine Beteiligung der Mitarbeitenden an für die Einrichtung nötigen Investitionen soll es nach dem Willen der Dienstnehmerseite (DN AK.DWBO) nur dann geben können, wenn der Dienstgeber plausibel nachvollziehbar darstellen kann, dass es wirklich gar keinen anderen Weg gibt, nötige Investitionen (re-) finanzieren zu können. Und auch dann soll die Mitarbeitervertretung mit im Boot sein, nicht nur mit einem Informationsrecht, sondern mit der Möglichkeit, das unter bestimmten Vorgaben per Dienstvereinbarung zu regeln. Ist kein Einvernehmen herzustellen, ist auch die Anrufung einer betrieblichen Einigungsstelle unter einer/einem unabhängigen Vorsitzenden denkbar für die DN-Seite.

Über eine solche Regelung wollten die DG AK.DWBO aber nicht verhandeln, sondern erklärten die Verhandlungen für gescheitert und beantragten beim Schlichtungsausschuss, eine Investitionspauschale von bis zu 3% der Umsatzerlöse bei Vorlage einiger dürrer Unterlagen einbehalten zu können. Das heißt, dass auch in vielen Einrichtungen, die jetzt noch die zweite Hälfte der Jahressonderzahlung zahlen, es künftig nix mehr geben würde, weil erst die Investitionspauschale abgezogen werden müsste, ehe die zweite Hälfte gezahlt werden könnte. Und wenn dann nix mehr übrig bleibt, gucken die Mitarbeitenden eben in die Röhre.

Die DN-Seite fordert, wenn es nicht möglich sein sollte, die Regelung auf die wenigen Einrichtungen oben dargestellten Fälle unter Einbeziehung der MAV zu begrenzen, die Abschaffung der Jahressonderzahlung bei entsprechender Erhöhung der Monatstabellen. Der Schlichtungsausschuss tagt am Freitag, dem 01.07.2016 zu diesen Themen.

Der AGMV-Vorstand fordert die Dienstgeberbeteiligten an der Schlichtung nachdrücklich auf, die Stimmen auch ihrer eigenen Mitarbeitenden ernst zu nehmen und von einer pauschalen nicht nötigen Kürzung Abstand zu nehmen!

Wir werden weiter berichten.

Mit freundlichen Grüßen verbleibt der AGMV-Vorstand